



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Das verflossene Jahr.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Das verfloßene Jahr.



Das verfloßene Jahr hat ebenso wie die beiden vorangegangenen Jahre keine großen Kriege oder Revolutionen gesehen. Dennoch war es ein Jahr, welches einst eine Epoche in der Geschichte bezeichnen wird; denn gleich in den ersten Wochen desselben wurde ein bedeutungsvoller Schritt auf dem Gebiete der Arbeiterfrage getan, ein Schritt, mit welchem diese Frage eine völlig neue Richtung einschlug. Mit dem Gesetzentwurfe, den der Reichskanzler am 13. Januar dem Bundesrate vorlegte, wurde der erste Versuch gemacht, in die Reichsgesetzgebung ein sozialistisches Element einzuführen, wurde die Verpflichtung des Staates, in Angelegenheiten des arbeitenden Volkes in großem Stile positiv wirksam zu sein, thatsächlich anerkannt, wurde das Recht der Arbeiter proklamirt, vom Staate bei ihrer Sicherung gegen Unfälle in ihrem Berufe unterstützt zu werden. Und nicht genug damit, die betreffende Vorlage deutete an, daß die staatliche Fürsorge hiermit nur das erste Wort gesprochen habe, und daß weitere Maßregeln zur Beruhigung der arbeitenden Klasse über ihre Zukunft in Aussicht genommen seien. Es galt, dem Ferkungsproceß, den die Lehre der Manchester Schule herbeigeführt hat, der die Lohnarbeiter durch die Unsicherheit ihrer Existenzbedingungen alle moralische Spannkraft verlieren und nur im Umsturz alles Bestehenden noch Hoffnung finden ließ, während er deren Arbeitgeber mehr und mehr gewöhnte, sie lediglich als Material oder Werkzeug zum Geldmachen anzusehen und zu behandeln, zunächst an einer bestimmten Stelle und dann Schritt vor Schritt weiter Einhalt zu thun, und der Reichskanzler war dem genialen Gedanken gefolgt, sich dazu des Versicherungswesens zu bedienen. Die Lösung der sozialen Frage kann nur durch Stärkung der moralischen Kraft der Beteiligten herbeigeführt werden. Nur Selbstdisziplin der betreffenden Klassen kann

zum Ziele führen, und darauf richtete sich der Plan der Regierung, indem er dem Unternehmer zwei Drittel der Versicherungsprämie für diejenigen Arbeiter auferlegte, deren Einkommen zur Zahlung einer solchen nicht ausreicht. Der Unternehmer sollte gezwungen werden, auf Verhütung oder Verminderung der Unfälle bedacht zu sein, zweckmäßige Einrichtungen zu treffen und auf Behutsamkeit beim Betriebe zu halten, und der beste Zwang war der durch die Versicherungsprämie, die bei schlechter Einrichtung und Unvorsichtigkeit des Betriebes steigen muß. Für das letzte Drittel der Prämie sollte die Armenpflege aufkommen. Das ganze Versicherungsgeschäft wurde dem Reiche zugewiesen. Bei der Beratung des Sozialistengesetzes hatte die Regierung erklärt, die Bekämpfung des Übels solle auch auf positivem Wege versucht werden, und dieses Wort wurde durch das neue Gesetz in großartiger Weise eingelöst. Es wurde damit der Anfang zur Versöhnung der Arbeiter mit dem Staate gemacht. Sie sollten einsehen lernen, daß dieser auch nützlich sei, daß er nicht bloß verlange, sondern auch gebe. Es sollte mit der Unfallversicherung und der weiter ins Auge gefaßten Altersversicherung einer sozialen Revolution vorgebeugt werden, die sich in den Erfolgen der Sozialdemokratie vorbereitete und ankündigte.

In den ersten Tagen des April fand die erste Beratung der Vorlage im Reichstage statt, dann wurde das Gesetz an eine Kommission verwiesen. Bei der Debatte zeigte sich, daß der Gedanke des Reichskanzlers zunächst in den Doktrinären des Freihandels, die sich an dessen staatssozialistische Natur stießen, dann in gewissen Großindustriellen, die sich nicht „bevormunden“ lassen wollten, ferner in den Partikularisten, die dem Reiche keine neuen Attribute von Bedeutung beigelegt zu sehen wünschten, endlich in einer Anzahl zaghafter Leute, die vor dem Unerprobten zurückschraken, Gegner in Menge hatte. Zuletzt wurde das Gesetz von der Mehrheit des Reichstages in einer Gestalt beschlossen, die ihm so sehr allen Wert nahm, daß die Regierung es nicht brauchen konnte. Der Reichskanzler war, so dürfen wir zu diesem Ausgang der Sache wohl sagen, im Einklang mit dem Bundesrate der einzige, welcher der Arbeiternot und der aus der Unzufriedenheit der arbeitenden Klasse hervordrohenden Revolution ein Ziel zu setzen gewillt war; die Fraktionen des Reichstages dagegen stellten sich in ein Licht, als ob sie nichts Ernstes zur Heilung des Übels thun, sondern sich nur mit dem Scheine der Hilfsbereitschaft von der dringendsten Pflicht der modernen Gesellschaft loskaufen wollten. Das Centrum nahm Anstoß an der einheitlichen Reichsversicherungsanstalt, wollte dieselbe durch Landesanstalten ersetzt sehen und fand bei den konservativen Fraktionen Unterstützung. Die Großindustrie war gegen den Staatszuschuß, da er eine dauernde Staatsaufsicht über die Industrie, wirksamer als die bisherige, zur Folge gehabt hätte, die liberalen Doctrinäre mit ihrem manchesterlichen Haß gegen die Ausdehnung der Staatsgewalt traten ihnen an die Seite, und das Centrum, sonst voll bitterer Feindschaft gegen die individualistische Wirtschaftsordnung, gewann es über sich, der

dritte im Bunde zu sein. Der Grund war leicht zu sehen. Der Staatszuschuß wäre dem Staate zu gute gekommen, dem Reiche, das sich mit demselben die Sympathie der arbeitenden Klassen gewonnen hätte, und dies mußte auf jeden Fall hintertrieben werden. Das Centrum will nicht, daß den Arbeitern eine Wohlthat vom Staate komme, sie sollen eine Verbesserung ihrer Lage nur der Kirche, den Stiftungen und den Orden Roms verdanken. Die Fortschrittspartei stellte der Regierungsvorlage einen eignen Gesetzentwurf gegenüber, der eine Erweiterung des Haftpflichtgesetzes sein wollte, aber aus der Regierungsvorlage seine Grundgedanken entnahm. Die Versicherungslast sollte nach demselben von den Unternehmern allein getragen werden, womit sowohl der Staatszuschuß als der Beitrag der Arbeiter wegfiel. Auch wollte die Partei die Arbeiter bis zur Lohnhöhe von 2000 Mark (die Regierungsvorlage sagte, bis zu 750 Mark) nur von den Unternehmern versichert wissen. Dagegen enthielt ihr Entwurf zwar die Vorschrift, daß dem Arbeiter für die Leistung der Entschädigung eine Sicherheit geschaffen werden müsse, dieselbe brauchte aber in nichts zu bestehen als in der Versicherung bei einer Privatgesellschaft, womit alle Streitigkeiten über den Schaden der Verunglückten auf den Rechtsweg verwiesen waren. Zuletzt gab es im fortschrittlichen Gesetzvorschlag noch einen Artikel, nach welchem der zur Entschädigung verpflichtete die Aufhebung oder Minderung der Rente fordern konnte, wenn die Verhältnisse sich verändert hatten. Dieser Entwurf hätte das Gegenteil von dem zur Folge gehabt, was im Interesse der Humanität und der Selbsterhaltungspflicht zu schaffen war, er hätte den Klassenhaß verschärft, statt ihn zu mildern, er hätte dem Streite zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern neue Nahrung zugeführt. Die SeceSSIONisten verwarfen den Staatszuschuß und wollten Konkurrenz der Privatgesellschaften neben der Reichsversicherungsanstalt.

Von geringerer Bedeutung im Vergleich zu dem Versuch, einen Anfang zur Lösung der Arbeiterfrage zu machen, aber immerhin der Erinnerung wert war die Rede des Kanzlers, mit der er bei Beratung des Gesetzentwurfs über die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten Gelegenheit nahm, die Finanzverwaltung Berlins und den „Fortschrittsring,“ der die Regierung der Reichshauptstadt beeinflusst, einer kritischen Beleuchtung zu unterziehen. Daß die Fortschrittspartei, welche mit ebenso viel sittlicher Entrüstung als Verlogenheit in der Presse wie auf der Tribüne über den Druck deklamirte, den die neuen Getreidezölle auf die ärmeren Klassen üben sollten, vermittelt ihrer Werkzeuge in der Berliner Gemeindeverwaltung die Hälfte der direkten Auflagen Berlins in Form der Mietsteuer erhob, obgleich die Unbilligkeit dieser Steuer auf der Hand lag und vom Magistrate selbst anerkannt worden war, gehörte zu den Inkonsequenzen der Partei, an die sie sich nicht gern erinnern ließ. Der Kanzler schilderte diese „ehrwürdigen“ Mißstände mit der ihm eignen Deutlichkeit und führte den Nachweis, daß die Fortschrittspartei, indem sie der

Regierung die Vermehrung und Erhöhung der indirekten Abgaben verweigere, dieselbe verhindere, den Gemeinden die Last des Schulwesens abzunehmen, und die Stadt Berlin in die Notwendigkeit versetze, dem armen Manne die Mietsteuer aufzuladen, welche gänzlich beseitigt werden sollte. Als Zweck der Vorlegung des Gesetzes bezeichnete er die Befreiung der Reichsbeamten von der Willkür der Gemeindeverwaltungen und die Vermeidung des Verdachtes, „daß die Steuer eine Strafe für unsre politische Richtung sei.“

Gab schon diese Rede den Herren von der Fortschrittspartei und den von ihr beherrschten Berlinern Anlaß zum Nachdenken, so eröffnete der Kanzler den Wählern der Hauptstadt, welche bisher ausschließlich fortschrittliche oder sozialistische Demokraten zu ihren Vertretern im Reichstage gewählt hatten, eine sehr unwillkommene Aussicht, als er bei der zweiten Beratung des Gesetzes über die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten erklärte, es werde sich zu weiterer Erörterung der Sache Gelegenheit bieten, „wenn die Frage einer Verlegung der Reichsregierung uns amtlich beschäftigen wird.“ Die politischen Nachteile des gegenwärtigen Zustandes beständen, wie er weiter zeigte, nicht bloß in der äußerlichen Gefährdung der obersten Behörden und der Volksvertretung des Reiches, sondern auch in dem Einflusse, welchen das Tagen der Letztern unter einer städtischen Bevölkerung von mehr als einer Million Seelen, und die Bequemlichkeit, hier zu wohnen, auf die Zusammenfügung des Reichstages habe, der damit aufhöre, die Zusammenfügung der Nation richtig und sachgemäß wiederzugeben. Er schloß mit den Worten: „Wir haben zu viel Berliner im Hause.“ Und an anderer Stelle drückte er dasselbe noch deutlicher aus, indem er sagte: „Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß der Reichstag nicht verberlinert werde“

Wenn in diesen wirtschaftlichen Fragen der Reichskanzler stets als der „Anwalt des kleinen Mannes“ erschien, so war anzunehmen, daß er sich im Einklange mit der Mehrheit der Nation befand, als er ein Gesetz zu einer Verfassungsänderung vorschlug, durch welches zur Beseitigung des Zusammenfallens der Reichstags- und Landtagsverhandlungen zweijährige Etats- und vierjährige Gesetzgebungsperioden eingeführt werden sollten, bei denen in dem einen Jahre der Reichstag, in dem andern die Landtage zusammengetreten wären und ein Reichstagsmandat vier Jahre gegolten hätte. Alle Welt beklagte, daß die Deutschen zu oft an die Wahlurne gehen müßten, daß die Sessionen zu rasch aufeinander folgten, und daß das Interesse an den Verhandlungen des Reichstags in stetem Abnehmen begriffen sei. Trotzdem erklärten sich die Liberalen gegen die Vorschläge, welche diesen Übelständen abhelfen sollten. Sie bildeten sich ein, die Hinausschiebung des Wahlvergnügens um zwölf Monate werde die Macht des Reichstags schädigen, und Deutschland werde decapitirt sein, wenn sein Parlament nicht wie das englische alljährlich zusammentreten dürfte. Sie lebten in dem Irrtume, eine Volksvertretung sei um so stärker, je öfter ihr das Mandat

erneuert werden müffe, und die längere Legislaturperiode lasse der Regierung eine ihr ergebene Majorität länger zur Verfügung. Sie begriffen — natürlich — nicht, daß eine Regierung mehr Ursache hat, sich um die dauernde Uebereinstimmung mit einer Majorität zu bemühen, wenn der Erfolg der Mühe lohnt, und daß eine Majorität wenig nützt, die morgen schon nach Hause geht, und statt die öffentliche Meinung zu läutern und zu lenken, vielmehr deren unklaren Stimmungen lauscht, um nur ja ihr werthes Mandat wieder zu erhalten.

Die Einheit des Reiches war unvollendet, so lange es in ihm noch Staaten gab, die nicht zum Zollverein gehörten. Daher hatte der Reichskanzler 1879 an die Senate von Hamburg und Bremen die Aufforderung zum Anschluß an denselben ergehen lassen. Die Reichsverfassung bestimmte, daß jene Staaten als Freihäfen außerhalb der Zollgrenze verbleiben sollten, bis sie selbst den Einschluß in dieselbe verlangten, und die Reichsregierung hatte in dem Glauben, letzteres werde bald geschehen, Altona und Umgegend nicht in das Zollgebiet gezogen. Als aber jetzt die Aufforderung des Kanzlers ablehnend beantwortet wurde, beantragte dieser beim Bundesrate den Einschluß Altonas und eines Teils der Hamburger Vorstadt St. Pauli in die Grenzen des Zollvereins. Hamburg stellte den Gegenantrag, St. Pauli außerhalb dieser Grenzen zu lassen, und Basker forderte, zum Particularisten geworden, den Reichstag auf, diese Einverleibung, falls Hamburg nicht zustimme, für unvereinbar mit der deutschen Verfassung zu erklären. Darauf schlug der Reichskanzler den praktischen Weg ein, daß er den Bundesrat ersuchte, eine Zolllinie zu suchen, die den Anschluß Altonas ermögliche, und der Bundesrat fand eine solche. Hiermit hing der Streit über die revidirte Elbschifffahrtsakte zusammen, welche die Regierung in den Stand setzte, die auf der Elbe bestehende Zollgrenze zwischen Hamburg und das Meer zu verlegen. Fortschritt, Seceffion und Centrum erblickten darin eine Preffion auf Hamburg und verlangten, daß die jetzige Zollgrenze nur vermitteltst eines Gesetzes verrückt werden dürfe. Der Reichskanzler erklärte diesen Antrag für eine Ueberschreitung der dem Reichstage zustehenden Befugnis und rief der Opposition zu: „Glauben Sie nicht, daß irgend ein Reichstag fester steht als die Bundesratsrechte.“ Bald darauf erfolgte die thatsächliche Antwort auf das Begehren Hamburgs und seiner partikularistischen Freunde im Reichstage in Gestalt eines Bundesratsbeschlusses, durch welchen die Zollgrenze auf der Unterelbe nach Rugen verlegt wurde. Hamburg war von jetzt an thatsächlich nichts anderes als eine Enclave des Reichszollgebietes. Im Hinblick hierauf beeilte man sich von Seiten des Senats nachzugeben, und als der Kanzler im Hinblick auf die Rechte, die Hamburg nach der Verfassung zustehen, sehr liberale Bedingungen gewährte, kam am 26. Mai 1881 ein Vertrag zustande, nach welchem der Freistaat in den Zollverein trat. Ganz ähnliches ist in nächster Zeit von Bremen zu erwarten, so daß Deutschland in kurzem ein Zoll- und ein Handelsgebiet bilden wird.

Der Kulturkampf wurde im vergangnen Jahre zwar nicht beendet, zeigte aber bei weitem mildere Züge als bisher, wenn auch das Centrum seine oppositionelle Stellung beibehielt. Im März betraten die Domkapitel von Paderborn und Osnabrück den Boden des Juligesetzes von 1880, wählten Bistumsverweser und zeigten deren Namen der Regierung an, die, da ihr kein Bedenken beifam, von der ihr übertragenen Vollmacht Gebrauch machte und ihnen unter Entbindung von dem vorgeschriebnen Eide die Ausübung bischöflicher Funktionen gestattete. Dagegen lehnte sie die Bestätigung des in der Diöcese Trier gewählten Bistumsverwesers de Lorenzi ab, weil er keine Bürgschaft für friedliches und gesetzliches Verhalten zu geben schien. Indes fand für die hierdurch entstandene Schwierigkeit der Papst ein Auskunftsmitel, indem er in D. Korum von Straßburg eine Persönlichkeit zum Bischof ersah, welche die Regierung als ihr genehm bezeichnen konnte, und ihn bewog, das Amt zu übernehmen. Bald darauf erfolgte die Besetzung eines zweiten durch den Tod erledigten Bischofstuhls: der allgemein für sehr gemäßigt geltende Hildesheimer Generalvikar Ropp wurde mit Zustimmung der Staatsbehörde zum Bischof von Fulda ernannt. Auch sonst wurde dem Notstande der katholischen Kirche Preußens mit den Vollmachten, die der Landtag der Regierung 1880 erteilt hatte, in großem Umfange abgeholfen. Namentlich geschah dies durch Wiederbesetzung erledigter Pfarrstellen, so daß schon Ende Januar nur noch in 3 Procent der 4604 katholischen Pfarreien Preußens die regelmäßige Seelsorge fehlte. Endlich kamen auch die 1880 abgebrochnen Unterhandlungen zwischen der preußischen Regierung und der Curie im Sommer wieder in Fluß, indem der deutsche Gesandte in Washington v. Schlözer während seines Aufenthalts in Rom zunächst durch Privatgespräche mit Würdenträgern der katholischen Kirche die Hoffnung gewann, daß in wichtigen Punkten eine Verständigung nicht unmöglich sei, und dann, vom auswärtigen Amte wieder nach Rom geschickt, den Weg zu einem Ausgleiche weiter verfolgte. Auch diese weiteren Besprechungen waren freilich nur vorbereitender Natur, sie hatten nur den Zweck, die Regierung in Berlin zu informiren. Auch handelte es sich dabei nicht um einen definitiven Frieden, sondern um Überleitung des Kampfes in einen Zustand friedfertigen Zusammenlebens, der nicht vertragsmäßig, sondern durch eine sich mehr und mehr befestigende versöhnliche Praxis geschaffen werden soll. Zu dieser Praxis wird die Regierung neue diskretionäre Vollmachten vom Landtage bedürfen. Eine derartige Vorlage wird aber vermutlich nicht eher erfolgen, als bis die versöhnliche Stimmung im Vatikan sich weiter praktisch bethätigt haben wird.

Als Hauptereignisse des letzten Jahres sind endlich noch die im Spätherbst vollzogenen Reichstagswahlen und die sich daran knüpfende Kanzlerkrisis zu verzeichnen. Das Resultat der Wahlen war eine Verschiebung des parlamentarischen Schwerpunktes nach links, eine Verstärkung der Fortschrittsfraktion und der ihr verwandten Seceffionisten, eine dem entsprechende Schwächung der

Mittelgruppen und eine Erhöhung der Schwierigkeit für die Regierung, für ihre Vorlagen eine Mehrheit im Parlamente zu finden. Die Zahl der Centrumsmitglieder war im ganzen dieselbe geblieben, die der Conservativen der äußersten Rechten ebenfalls. Das Anwachsen der Oppositionsparteien war jedoch kein Zeichen, daß die Nation die wirtschaftlichen Reformen des Reichskanzlers nicht billige, sondern die Folge einer fast beispiellosen demagogischen Wühlerei von Handwerksagitatoren, welche kein Mittel zur Erreichung ihres Zweckes verschmähten, namentlich von der Lüge und Verleumdung den ausgiebigsten Gebrauch machten und dabei mit Geld aus dem Judenschätze reichlich versehen waren. Die Lage war nun die: die oppositionellen Fraktionen im Reichstage bildeten zusammen die große Mehrheit, aber keine derselben für sich umfaßte auch nur annähernd die Mehrzahl der Reichstagsmitglieder, und ebenso wenig galt dies von einer Koalition der drei liberalen Gruppen (Fortschritt, Seceßion und Nationalliberale), die überdies zu positiver Wirksamkeit kaum zu vereinigen waren, oder von einem Zusammentreten der Conservativen mit dem Centrum. Eine Majorität war nur zu erwarten, wenn die entschieden reichsfeindlichen Fraktionen der Elsaß-Lothringer, Polen, Welfen, Volksparteileute und Sozialdemokraten sich in einer Frage der einen oder der andern dieser beiden Allianzen angeschlossen.

Angesichts dieser Lage der Dinge faßte der Reichskanzler den Entschluß, eventuell den Kaiser um seine Entlassung zu bitten, zunächst aber denselben um die Ermächtigung anzugehen, mit den beiden Seiten der sich aus dem Centrum und den Liberalen zusammensetzenden Mehrheit darüber zu verhandeln, ob sie überhaupt vereint oder getrennt bereit sein würden, die Leitung der Reichsregierung in die Hand zu nehmen. Er glaubte, zu diesem Schritte verpflichtet zu sein, ehe er sich entschloß, sein Amt angesichts einer Reichstagsmehrheit weiterzuführen, deren Opposition sich in dem Kampfe gegen seine Person concentrirte, oder mit andern Worten, er wünschte die Verantwortung für eine von schweren Krisen vielleicht nicht freizuhaltende Minoritätsregierung nicht zu übernehmen, wenn die gesammte Majorität oder ein Teil derselben sich geneigt erklärte, an das Staatsruder zu treten. Ginge aus den Verhandlungen hervor, daß die gesammte Opposition oder der klerikale oder endlich der liberale Flügel derselben dazu bereit sei, so würde der Kanzler nach den Bedingungen fragen und dieselben dem Kaiser mitteilen, und billigte dieser die Bedingungen, so würde die Weiterführung der Geschäfte vom Kanzler einem Ministerium überlassen werden, welches entweder ein klerikal-liberales Coalitionsministerium oder eine klerikale oder auch eine liberale Minoritätsregierung wäre. Der Versuch zu dieser Prüfung der Parteien konnte erst gemacht werden, wenn eine oppositionelle Abstimmung von Wichtigkeit vorlag. Der Erfolg derselben ließ sich voraussagen. Eine klerikal-liberale Coalition war kaum für die eine oder die andre Frage, geschweige denn auf die Dauer denkbar. Daß die Liberalen oder die Klerikalen sich getraut hätten, als die Minorität, die sie waren, die Erbschaft des Kanzlers

zu übernehmen, war ebensowenig zu befürchten, auch wenn man nicht daran dachte, daß opponiren leichter ist als verantwortlich regieren, und daß die Liberalen wie das Centrum bisher nur negative Gedanken und Zwecke an den Tag gelegt hatten. Insofern konnte man von vornherein keinen Augenblick im Ernste glauben, der Kanzler werde genötigt werden, zurückzutreten. Man mußte vielmehr annehmen, er werde mit der Minorität, die ihm geblieben, so lange weiter regieren, bis die oppositionelle Majorität durch ihre Opposition hinreichend bewiesen, daß sie nur Stillstand aller Reform zuwege zu bringen wisse, und dann bei geeigneter Gelegenheit den unnützen Reichstag auflösen und an die bessere Einsicht des Volkes appelliren. Man war zu dieser Voraussage umsomehr berechtigt, als die Botschaft des Kaisers, mit welcher der Reichstag eröffnet wurde, die vollständige Uebereinstimmung des Souveräns mit seinem obersten Rat in deutlichster Sprache kundgab.

Der weitere Verlauf der Dinge im Reichstag ist in frischer Erinnerung. Die großen Reden des Kanzlers, mit denen er die Angriffe seiner liberalen Gegner beantwortete, hallen noch nach. Darauf Ablehnung der Vorlage in Betreff des deutschen Volkswirtschaftsrats, auch durch einen Teil des Centrums, mit dem sich anscheinend ein besseres Verhältnis entwickeln wollte. Gleich darauf der Streit zwischen dem officiösen Organe des Kanzlers und dem Hauptführer der Merkmalen, für den diese einmütig Partei nahmen. Zuletzt der Antrag des Centrums, wegen Aufhebung des Gesetzes, welches Internirung und Ausweisung von Geistlichen fordert, die ohne Befugnis kirchliche Handlungen vollziehen. Nach etwa vierwöchentlicher Thätigkeit sind die Herren in die Weihnachtserien gegangen. Man hatte sie mit keinen hochgepannten Erwartungen empfangen, und so konnten sie keine Enttäuschung hinterlassen.

Ueber das Ausland wollen wir uns kurz fassen. Im allgemeinen ist zunächst zu constatiren, daß unsre Stellung zwischen den fremden Mächten in der letzten Zeit sich immer mehr verbessert hat, sodaß die Erhaltung des Weltfriedens auf lange Zeit hinaus gesichert scheint. Wir erfreuen uns des besten Einvernehmens mit dem großen Doppelstaat des Donaulandes, und die Lage der Verhältnisse verbürgt die Dauer dieser Freundschaft. Wir stehen seit geraumer Zeit wieder auf gutem Fuße mit Rußland, dessen neuer Kaiser durch die Zusammenkunft mit dem unsern in Danzig seiner Geneigtheit, mit uns in Frieden zu leben, Ausdruck verlieh. Italien wünscht zu uns in nähere Beziehung zu treten. Auch der Sultan bringt der deutschen Politik sein Vertrauen entgegen und bemüht sich um deren Wohlwollen. Mögen in Frankreich die Revanchegelüste noch fortglimmen, so haben sie sich im letztverfloffenen Jahre wenigstens nicht mehr so lebhaft geäußert wie früher, und es ist bei der Stellung, die das deutsche Reich einnimmt, zu hoffen, daß sie allmählich ganz erlöschen werden.

Daß in England die jetzige Regierung kein besonders inniges Wohlwollen gegen uns empfindet, hat nicht viel zu bedeuten; denn ihre Politik ist Quäkertum.

Sie hat in auswärtigen Angelegenheiten wie früher so auch im letzten Jahre wenig Ehre eingelegt. Sie hat mit dem kleinen Volke der Boers einen für England unerwünschten Frieden schließen müssen, der einerseits wie eine Demütigung aus-  
 sah, andererseits andre widerwillige Unterthanen der Königin Victoria in Südafrika bei Gelegenheit verleiten kann, das Beispiel der Sieger in den Drachen-  
 bergen nachzuahmen. Das Ministerium Gladstone hat in Nordafrika zusehen  
 müssen, wie Frankreich seine Herrschaft über die südliche Mittelmeerküste durch  
 Eroberung von Tunis ausbreitete. Es hat in Afghanistan die Grenzen des  
 angloindischen Kaisertums entblößt. Es hat mit dem Versuche, Irland auf dem  
 Wege der Gesetzgebung zufriedenzustellen, bis jetzt so wenig erreicht, wie mit  
 den Repressionsmaßregeln, welche diesen Versuch begleiteten und ihm folgten.  
 Das unglückliche Land bietet vielmehr das Schauspiel traurigster Anarchie dar.  
 Der ersehnte freihändlerische Handelsvertrag mit Frankreich endlich ist auch im  
 letzten Jahre nicht ins Leben getreten, und es scheint, als ob derselbe überhaupt  
 nicht zustande kommen würde.

In Frankreich brachte das verfloffene Jahr neue Wahlen, deren Ergebnis  
 die Herrschaft der republikanischen Partei noch mehr als bisher gesichert  
 und die Gegenparteien fast mundtot gemacht hat. Noch wichtiger war, daß  
 Gambetta nunmehr sich genötigt sah, aus der Reserve, in der er sich bisher  
 gehalten und geherrscht, herauszutreten und als Ministerpräsident die Verant-  
 wortlichkeit für seine Politik zu übernehmen, die nach seinem Programm in ge-  
 mäßigt demokratischem Sinne vorzugehen gewillt scheint. Der Krieg, den die  
 Franzosen in Tunis führten, hatte eine starke Entfremdung zwischen dem fran-  
 zösischen und dem italienischen Volke zur Folge. Uns durfte er gleichgiltig sein.

Rußland hatte den Tod eines Zaren zu betrauern, dem es große Wohl-  
 thaten verdankte, und dem von verruchter Mörderrotte dafür durch Dynamit-  
 bomben gedankt wurde. Auch in der nordamerikanischen Republik sah das ver-  
 floffene Jahr das Staatsoberhaupt der meuchlerischen Kugel eines Glenden zum  
 Opfer fallen, der jetzt durch simulirten Wahnsinn der Sühne für sein Verbrechen  
 zu entgehen trachtet. Von den kleinen Staaten Europas war wenig Denk-  
 würdiges zu verzeichnen. Griechenland erhielt endlich auf Kosten der Türkei  
 die Berggrößerung in Thessalien und Epirus, die es, um zu gedeihen, bedurfte,  
 wenn auch nicht die, welche es verlangte. Rumänien hatte, kaum zur Königs-  
 krone gelangt, die Anmaßung, dem österreichisch-ungarischen Nachbar in der  
 Donaufrage Grobheiten zu sagen, und erfuhr die ihm dafür gebührende Behand-  
 lung. In Bulgarien endlich machte man die Erfahrung, daß freie Verfassungen  
 für innerlich unfreie Völker nichts taugen, sondern zur Anarchie führen, und der  
 junge Fürst versucht es jetzt nicht ohne gute Erfolge mit einer Art Dictatur. Es giebt  
 jedoch viel innerlich freiere und überdies viel gebildetere Völker, bei denen eine solche  
 nur von der Krankheit der Demagogie und des hartnäckigen Doktrinarismus,  
 mit milderem Mitteln unternommen, kein übles Ergebnis liefern würde.